

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Bundesbank zahlt Zeche für lockere Geldpolitik - Eigenkapital fast aufgebraucht

Die Bundesbank hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 2023 vorgestellt. Um die Verluste von rund 21,6 Milliarden Euro zu tragen, wurden die Wagnisrückstellungen der Bundesbank in Höhe von 19,2 Milliarden Euro vollständig aufgelöst. Zudem wurden zum Verlustausgleich auch noch Rücklagen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro aufgelöst, so dass die Bank nun einen Bilanzgewinn von null ausweist.

Der Rekordverlust der Bundesbank im Jahr 2023 ist eindeutig auf die lockere Geldpolitik zurückzuführen, die die politisierte EZB zur permanenten Eurorettung und zur Unterstützung der Corona-Maßnahmen verfolgte. Noch immer schwimmen die Banken darum in Liquidität und parken diese bei der Bundesbank – verzinslich versteht sich. **Die nunmehr gestiegenen Zinsen führen dazu, dass die Geschäftsbanken sich allein aufgrund dieser risikofrei geparkten Liquidität auf breiter Front sanieren können. 2023 zahlte die Bundesbank 41 Milliarden Euro an die Geschäftsbanken, 2022 waren es noch zwei Milliarden gewesen.** Dieser Posten wird aktuell zwar ziemlich genau durch die Verzinsung der Targetforderungen in Höhe von ebenfalls 41 Milliarden Euro ausgeglichen, doch kann die Bundesbank ihre weiteren Zinsaufwendungen innerhalb des

Eurosystems kaum noch tragen. Für dieses Jahr konnte die Bundesbank ihren Verlust durch Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen noch einmal auf null drücken. Jene sind nun jedoch aufgebraucht. Die 2024 drohenden Verluste können dann nicht mehr über Rücklagen aufgefangen werden. Will man die Bundesbank mit ihren verbleibenden 3,1 Milliarden Euro Eigenkapital nicht in die Insolvenz schicken oder mit Steuermitteln rekapitalisieren, ist ein schneller Bilanzabbau zwingend. Das Eurosystem muss endlich die aufgekauften Staatsanleihen verkaufen, um die geschaffene Liquidität vom Markt zu nehmen. Nur so kann eine Rückkehr zu geldpolitischer Normalität erfolgen.

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehring

 PeterBoehring

 peter.boehring@bundestag.de

 pboehring

 www.pboehring.de

 Peter.BoehringCom

 pboehring_mdb

 pboehring

Politische Bildungsfahrten gehen auch 2024 weiter

Im Februar folgten wieder rund 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus den Wahlkreisen Dingolfing, Rottal-Inn und Umgebung meiner Einladung in die Bundeshauptstadt Berlin.

Am ersten Tag erfolgte nach Anreise mit dem Bus der Check-In im Hotel mit anschließenden Abendessen.

Der Mittwoch startete mit einem Termin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Nach einem Vortrag über die Arbeit und die verschiedenen Bereiche des Ministeriums fand noch eine Diskussionsrunde statt, bei der alle Fragen beantwortet werden konnten und auch sachliche Diskussionen geführt wurden. Darauf folgte Teil 1 der Stadtrundfahrt, vorbei an vielen interessanten Gesichtspunkten der Bundeshauptstadt. Am Nachmittag stand der Besuch des Militärgeschichtlichen Museums in Gatow an. Aufgeteilt in 2 Gruppen wurden die Teilnehmer durch die Ausstellungshalle und die weitläufigen Außenanlagen geführt und erhielten interessante Informationen. Im Anschluss fand noch ein gemeinsames Abendessen statt.

Der Donnerstag begann mit Teil 2 der Stadtrundfahrt, diese endete vor dem Deutschen Bundestag. Hier fanden sich die Teilnehmer dann zum Sicherheitscheck ein um anschließend im Plenarsaal einem Vortrag über die Arbeit des

Parlamentes zu verfolgen. Auch ein Besuch der Kuppel sowie ein Gruppenfoto im Reichstagsgebäude gehörten dazu. Im Anschluss besuchte die Gruppe noch das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“, welches selbstständig erkundet werden konnte. Der Abend stand den Reisenden zur freien Verfügung.

Am Freitag erfolgte die Heimreise wieder mit dem Bus zurück in die Heimat.

Mehrere dieser politischen Bildungsreisen werden jährlich durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert und an alle Abgeordneten vergeben. Die nächsten Fahrten finden im Mai und November statt.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protchkasposition

Nein zur EU-Erweiterung Imperiale Überheblichkeit der EU stoppen!

Eine nüchterne Bestandsaufnahme der heutigen Verhältnisse in der EU müsste in Brüssel eigentlich für peinliches Schweigen sorgen. Die EU als „Erfolgsgeschichte“ zu verkaufen, wie Ursula von der Leyen, Annalena Baerbock und auch Angela Merkel es immer wieder getan haben, ist fern jeder Realität. Die Party ist vorbei. Millionen-Einwanderung, Milliarden-Bürokratie, Billionen-Schulden – mehr bringt die EU heute nicht zustande.

Wie groß die Unzufriedenheit mit der EU-Bürokratie, der ständigen Gängelung und der Selbstgefälligkeit der EU-Vertreter mittlerweile ist, lässt sich an den Bauernprotesten ablesen. Seit Monaten wird in Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien und einigen weiteren Ländern demonstriert. Die EU-Kommissare rümpfen die Nase. Sie sind zu Vertretern der Großkonzerne geworden, betreiben die Auflösung der Mittelschicht ganz ungeniert.

Ein bisschen Demut und Bescheidenheit wäre angesagt. Doch zu viel verlangt! Statt Reformen fordert man in Brüssel mehr Macht – und will expandieren: Länder wie Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und sogar die Türkei sollen in die EU. Ist das zu fassen? Schon seit 2013 warne ich davor, dass diese Pläne Wirklichkeit werden. Die

Zeche dafür würden vor allem die deutschen Bürger zahlen, die schon jetzt die Hälfte (!) des EU-Haushalts alleine stemmen – über 25 Milliarden pro Jahr!

Die Höhe ist: Jetzt wollen führende EU-Politiker sogar die Ukraine in den Club aufnehmen. Ein solcher Schachzug wäre im Interesse der USA und der NATO, sicher aber nicht in unserem. Die Inflationsrate der Ukraine liegt bei 20 Prozent (erlaubt sind drei), die Staatsverschuldung bei 90 Prozent (erlaubt sind 60). Laut Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) würde der Ukraine-Beitritt 190 Milliarden kosten.

Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, umdenken, umsteuern – zu all dem scheint der EU-Superstaat nicht in der Lage. Nach der kommenden Europawahl in diesem Sommer, und dem zu erwartenden Erdrutschsieg konservativer Kräfte, werden die Unbelehrbaren sich erschrocken umschaun und die Welt nicht mehr verstehen. Die Wahrheit ist: Sie selbst haben die Desintegration der EU, die Rückkehr zu einem Europa der Vaterländer notwendig gemacht. Und so wird es kommen, darauf gebe ich Ihnen mein Wort.

Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO Stiftung



petr.bystron@bundestag.de



www.petrbystron.de



/bystronpetr

Pannen-Bahn außer Kontrolle, und die Regierung lässt es so!

Der Steuerzahler muss die Deutsche Bahn mit immer höheren Summen stützen. Die Infrastruktur – Gleise, Brücken, Bahnsteige, Oberleitungen etc. – ist in weiten Bereichen marode. Damit das langsam wieder besser wird, sind schon dieses Jahr fast 12 Milliarden Euro aus der Bundeskasse fällig. Diese Summe soll in Richtung 20 Milliarden Euro jährlich steigen.

Wo so viel Steuergeld hingehet, muss der Staat genau hinsehen und die Zügel in der Hand haben. Die Bahninfrastruktur ist eine öffentliche Aufgabe. Aber seit 30 Jahren hat der Staat seine Kontrollmöglichkeiten zum großen Teil abgegeben und die Bahn wurde immer mehr zum „Staat im Staate“. Damals wollte man die Bahn an die Börse bringen und machte das Unternehmen zu einer Aktiengesellschaft (AG). Die Bahn sollte sich selbst bezahlen und kein Staatsgeld mehr brauchen. Das hieß „Bahnreform“. Der Plan scheiterte bald an der Wirklichkeit.

Nur: die Strukturen von damals sind immer noch da. Bei einer Aktiengesellschaft haben die Eigentümer wenig zu sagen – nur über den Aufsichtsrat. Bei der Deutschen Bahn AG ist der Eigentümer immer noch der Bund. Jetzt, bei immer höherem Subventionsbedarf, wäre mehr Kontrolle wichtig – warum nicht die Bahn in eine GmbH umwan-

deln, wo der Bund als Gesellschafter mehr zu sagen hätte? Das blockiert aber die SPD: über die mächtige „rote“ Gewerkschaft EVG hat sie zusätzliche Macht im Aufsichtsrat.

Die Regierung und Verkehrsminister Wissing brüsten sich zwar, dass sie jetzt viel für die Infrastruktur täten. Zwei Tochtergesellschaften (eine für die Gleise, eine für die Bahnhöfe) macht man zu einer, auch diese eine AG. In Wirklichkeit ändert sich dadurch praktisch nichts. Wenn man überhaupt ein Stück staatliche Kontrolle hinbekommt, dann über sehr komplizierte Regeln und Verträge. Das ist zu wenig, wenn man bedenkt, dass jährlich bald 20 Milliarden Euro in den Konzern fließen werden.

Eine neue „Bahnreform“ wäre jetzt nötig. Die Zeit für die Konstruktion „Deutsche Bahn AG“ ist abgelaufen. Aber eine mutige Änderung bekommt die Regierung nicht hin, schon wegen der Macht der SPD. Also fließen gigantische Summen auch weiterhin in einen „Staat im Staate“. Das geht so nicht. Die AfD-Fraktion ist Anwalt der Steuerzahler, wir fordern eine effektive Kontrolle der Infrastrukturbetriebe der Deutschen Bahn durch den Staat!



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

 wolfgang.wiehle@bundestag.de

 [/w.wiehle](https://www.facebook.com/w.wiehle)

 www.wolfgang-wiehle.de

Sinkende Kohleverstromung – Warum?

Die Befürworter der Erneuerbaren schwelgen wieder einmal im Erzeugungsrausch, weil die Kohleverstromung im Februar einen Tiefstand erreicht hat. Dies soll als Beweis für den unaufhaltsamen Siegeszug von Wind und Sonne über alle grundlastfähigen Kraftwerksarten und fossile Brennstoffe herhalten. Zeit, sich das genauer anzuschauen. (siehe unten)

Nach dem Coroneinbruch von 2021 hat Deutschland in 2022 noch einmal viel Strom im Februar produziert, um den coronagebeutelten Franzosen Strom für die zu überprüfenden Kernkraftwerke zu liefern. Nimmt man diese Ausnahmesituation weg, so ist die Stromproduktion in Deutschland signifikant rückläufig, von 2019 nach 2024 um 15%. Gleichzeitig ist der Export von Strom komplett zusammengebrochen. Dies lässt nicht auf eine fehlende Kapazität in Deutschland schließen, sondern darauf, dass Deutschland seinen Nachbarn keinen Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen mehr verkaufen kann.

Gleichzeitig fällt auf, wie schwankend die Produktion der Erneuerbaren ist. So reichen die Produktionszahlen von 2024 nicht einmal an diejenigen von 2022 und 2020 heran. Da es bei EE eine Abnahmeverpflichtung gibt stellt dies also das Maximum des Möglichen dar. Die Verstromung aus Kohle liegt dabei nicht auf einem Minimum, sondern sogar höher als 2020.

Als Fazit lässt sich sagen: Das Abschalten preiswerter Kernenergie hat erstens, jegliches Exportgeschäft mit Strom vernichtet und zwingt uns für gutes Geld nun Strom aus dem Ausland zu kaufen und zweitens, dass der Grad an Zufuhr von Kohlestrom immer von den Launen von Wind und Sonne abhängig sein wird, egal für wie viele Milliarden noch zugebaut wird. Die AfD wird sich weiter für einen fundamentalen Richtungswechsel in der deutschen Energiepolitik einsetzen damit Unternehmen wie private Nutzer Zugang zu preiswerter und zuverlässiger Energie haben.

| Jahr | Gesamt | EE | Fossil und KK | Exportsaldo | Kohle |
|------|----------|----------|---------------|-------------|----------|
| 2024 | 39,2 TWh | 24,8 TWh | 14,2 TWh | -0,2 TWh | 8,6 TWh |
| 2023 | 40,5 TWh | 19,1 TWh | 21,4 TWh | 2,8 TWh | 13,5 TWh |
| 2022 | 46,0 TWh | 27,5 TWh | 18,7 TWh | 5,5 TWh | 10,9 TWh |
| 2021 | 41,6 TWh | 18,2 TWh | 23,4 TWh | 2,1 TWh | 11,1 TWh |
| 2020 | 45,5 TWh | 27,4 TWh | 18,1 TWh | 3,7 TWh | 7,6 TWh |
| 2019 | 46,0 TWh | 18,1 TWh | 27,9 TWh | 5,3 TWh | 15,7 TWh |

Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss



@Dr_Rainer_Kraft



/RainerKraftAfD



www.rainer-kraft-mdb.de



/dr.rainer.kraft

Rüstungskontrolle statt Wettrüsten

Seit dieser Legislaturperiode bin ich, neben meiner Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuss, auch abrüstungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Als Mitglied und Obmann im Ausschuss für "Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung", einem Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses, kämpfe ich dafür, dass in Zeiten des eskalierenden Kriegsgetöses Abrüstung und Rüstungskontrolle nicht noch weiter ins Abseits geraten.

In einer Zeit, in der sich die Rüstungspirale immer schneller dreht und Abgeordnete der angeblichen „Friedenspartei“ Bündnis 90/Die Grünen mehr und weitreichendere Waffen für die Ukraine fordern oder Eurofighter an Saudi Arabien liefern, der CDU-Abgeordnete Kiesewetter den **„Krieg nach Russland tragen“** will und die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Strack-Zimmermann, (FDP) ein T-Shirt mit der Aufschrift trägt „Taurus für die Ukraine - zusammen bis zum Sieg“, suche ich den Dialog mit Abrüstungsexperten anderer Staaten. Dazu hatte ich Anfang Februar in Genf bei den Vereinten Nationen Gelegenheit. Von besonderem Interesse war dort für mich ein Gespräch mit dem Ständigen Vertreter Chinas für Abrüstungsangelegenheiten, dem Botschafter Jian Shen. China, aber auch andere aufstrebende Staaten wie Indien,

Pakistan oder Akteure wie der Iran und Nordkorea, sichern ihren Macht- und Sicherheitsanspruch durch konventionelle **und** atomare Rüstung ab, ohne in Verträge zur Rüstungskontrolle eingebunden zu sein.

So wurden zwischen den USA und Russland Meilensteine internationaler Abrüstung und Rüstungskontrolle vereinbart, wie der INF-Vertrag, die START-Verträge oder der Vertrag über "Open Skies". Erstmals ging es auch um vertrauensbildende Maßnahmen und das Zulassen von gegenseitiger Kontrolle, um einen verheerenden Krieg zwischen den Atommächten zu verhindern und gleichzeitig erhebliche Kosten im Verteidigungssektor einzusparen. Mittlerweile sind aber alle Vertragswerke entweder einseitig durch die USA oder beidseitig gekündigt worden oder ausgesetzt, auch vor dem Hintergrund, dass China nicht eingebunden war und sich bisher auch nicht einbinden lassen will.

So lange die Welt nicht frei von Atomwaffen ist, halte ich es sicherheitspolitisch für Deutschland, als Staat ohne eigene Atomwaffen, für unabdingbar, mit allen relevanten Staaten im Gespräch zu bleiben, um ein neues, globales Wettrüsten zumindest zu verlangsamen, denn verhindern wird es sich wohl nicht lassen.

Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Gesetz über Bundesverfassungsschutz zielt offiziell in die „Zivilgesellschaft“

Jeder von uns weiß es: Bereits jetzt wird der Verfassungsschutz schamlos zum Regierungsschutz umgewidmet. Die Betätigung der größten, echten Oppositionspartei soll als verfassungswidrig gebrandmarkt werden. Fast noch schlimmer: Funktionäre und sonstige aktive AfD-Mitglieder sollen eingeschüchtert werden.

Still und heimlich wurde nämlich eine Neufassung des Gesetzes über das Bundesamt für Verfassungsschutz etc. (BVerfSchG) durchgezogen. In der ursprünglichen Version des Kabinetts steckte, und da bin ich eigentlich nicht allzu schnell mit, ein Absturz auf DDR-Niveau und nicht weniger. Bereits bei der Correctiv-„Ermittlung“ zu dem Treffen in Potsdam stellte sich nämlich die Frage, woher diese genauen Infos stammten. Jedenfalls durfte bisher der Verfassungsschutz nicht einfach Informationen (und damit schlussendlich Anregungen) an nicht-öffentliche Stellen durchstechen. Nach dem Gesetzesentwurf wurden die Tore weit geöffnet. Unter dem harmlosen Stichwort „administrativer Rechtsgüterschutz“ wurde in § 20 vorgesehen, dass an (auch privatrechtliche) inländische Stellen bei bloßen Anhaltspunkten zur Verfassungsfeindlichkeit etc. personenbezogene Daten gereicht werden können. Und zwar um die jeweilige Person zu „deradikalisieren“. Um „Gelegenheiten, Sach-

verhalte und Rechtsverhältnisse“ der Person „zu vermeiden“. Das sind Werkzeuge für die klassische Zersetzung von unliebsamen Personen á la DDR. Man muss beachten, dass z.B. der Arbeitgeber mit inländischer Stelle umfasst ist. Der Paragraph schließt noch zur Sicherheit mit einer Generalermächtigung für Datenweitergabe, um das „Gefährdungspotenzial der Bestrebungen oder Tätigkeiten [der Person] zu reduzieren“. Eine unfassbare Grenzüberschreitung!

Dies war dann einigen Regierungsmitgliedern doch zu offensichtlich und in der finalen Fassung ist das Ganze unter §22a mit einer Ausnahmeregelung und engeren Zwecken versehen. Familie, Kinder, Schule oder Studium sind jedoch weiter mitgemeint. Auch eine getarnte Generalnorm ist in Nr. 1 und Nr. 2 dort weiter zu vermuten.

Ein Durchstechen an Correctiv ist ferner weiterhin möglich. Man muss nur etwas mehr an Begründungsschleifen drehen.

Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka @ tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Bürgerräte und direkte Demokratie

Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ überreichte dem Bundestag am 20. Februar sein Bürgergutachten. Dieses enthält neben Empfehlungen zum Thema Ernährung auch eine Dokumentation zur Arbeit des Bürgerrates. Ich habe im Rahmen der Übergabe deutlich gemacht, dass in Deutschland eigentlich jeder Bürger „Bürgerrat“ sein müsste, da ja nicht einige Wenige über die Ernährung der gesamten Bevölkerung entscheiden können.

Die Bürgerräte sollen uns als Beispiel dienen, wie Demokratie auch gelebt werden kann. Doch wenn wir genauer hinsehen, stoßen wir auf Vorschläge, die zwar gut gemeint, aber schlecht gemacht sind: Nehmen wir die Tierwohlabgabe. Ehrlich gesagt, ist das nichts anderes als eine reine Fleischsteuer. Soll Fleisch zum Luxusgut gemacht werden? Als Partei, die sich für die Freiheit und für den Erhalt unserer Lebensweise einsetzt, sagen wir klar: Nein! Das hätte vor allem für unsere Familien aus der Mittelschicht und von hart arbeitenden Menschen unfaire Folgen. Das wäre nicht nur ein Angriff auf unsere Esskultur, sondern würde das Leben für viele Menschen unnötig verteuern. Jetzt zum Positiven: die Idee, in unseren Krankenhäusern, Schulen und allen öffentlichen Einrichtungen das Essen gesünder zu machen. Das ist eine Maßnahme, die sich direkt auf unsere Gesundheit und unser Wohlergehen aus-

wirken würde. Es zeigt, dass es manchmal die einfachen Schritte sind, die einen echten Unterschied machen können. Das unterstützen wir, denn in unserem Parteiprogramm betonen wir, wie wichtig die Gesundheitsförderung und Prävention für alle Altersgruppen ist. Aber lassen Sie uns klar sein: Die echte Stärke unserer Demokratie liegt nicht in den Händen weniger ausgewählter Bürger, sondern in der Kraft der direkten Stimmabgabe durch das Volk. Die Bürger unseres Landes verdienen es, selbst über die wichtigen Fragen unserer Zeit zu entscheiden. Deshalb stehen wir für mehr direkte Demokratie, für mehr Mitspracherecht und dafür, dass die Stimme des Volkes direkt gehört wird. Denn was könnte demokratischer sein, als direkt zu entscheiden? Also, während wir die harte Arbeit anerkennen, die die Mitglieder des Bürgerrats geleistet haben, sehen wir klar die Grenzen und Probleme in vielen ihrer Vorschläge. Die Tierwohlabgabe ist eine reine Fleischsteuer - wollen wir wirklich Fleisch zum Luxusgut machen? Das spiegelt nicht die Werte und Bedürfnisse unserer Gesellschaft wider. Stattdessen brauchen wir praxisnahe Lösungen, die das Leben Aller besser machen, und einer Politik, die sich an direkter Demokratie orientiert – denn die Stimme des Volkes muss Gehör finden.

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

- Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD- Bundestagsfraktion

✉ peter.felser@bundestag.de

📷 @peter_felser

🐦 @PeterFelser

📺 @peterfelser_mdb

📘 /peterfelserafd

🌐 www.peterfelser.de

Mut zur Wahrheit: Die Kosten der Migration



Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 [t.me/gerrithuy](https://www.tiktok.com/t.me/gerrithuy)

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.twitch.tv/gerrithuy)

Nichts fürchtet die selbsternannte „Führungselite“ Deutschlands mehr als Fakten. Es ist also kein Wunder, dass unangenehme Themen nicht mehr untersucht werden. Bei Straftaten deutscher Staatsbürger darf nicht mehr notiert werden, ob diese einen Migrationshintergrund haben; und die Kosten der seit Jahren andauernden Flüchtlingswelle werden in unzähligen Ausgabepositionen versteckt und verschleiert. Anders gehen die Niederlande mit diesem Thema um. Dort hat ein Wissenschaftler der Universität Amsterdam einmal nachgerechnet, was Migration unterm Strich für bestimmte Migrantengruppen kostet.

Für AfD-Sympathisanten dürfte das Ergebnis nicht überraschen: Migration lohnt sich fast nie. Lediglich wer zum Arbeiten in die Niederlande kommt, steuert im Laufe seines Lebens einen positiven Beitrag bei (+125.000 T€). Wer zum Studieren kommt, kostet die Niederlande 75.000 € pro Person, Familiennachzug 275.000 € und Asylzuwanderung 475.000 €. Die höchsten Kosten verursachen afrikanische Asylbewerber, die Staat und Sozialversicherung um stolze 625.000 € erleichtern.

Prof. Raffelhüschen kam kürzlich für Deutschland zu einem ähnlichen Ergebnis. Selbst bei deutlich qualifizierte-

ren Zuwanderern wird sich Migration für Deutschland nicht lohnen. Es ist mitnichten so, dass die Zuwanderer unsere Renten zahlen. Im Gegenteil zahlen unsere Rentner mit ihren Steuern den Lebensunterhalt der Zuwanderer. Der Nobelpreisträger Milton Friedman formulierte es auf den Punkt: „Offene Grenzen und Sozialstaat schließen sich aus.“

Die AfD ist die einzige Partei, die sich traut, dem Irrsinn der deutschen Einwanderungspolitik konzeptionell etwas entgegenzusetzen. Mit unserem Remigrationsprogramm wollen wir Zuwanderung in konstruktive Bahnen lenken und den Sozialstaat erhalten. Mit unserer aktivierenden Familienpolitik wollen wir es Eltern leichter machen, Kinder in die Welt zu setzen und aufzuziehen. Und mit einer neuen Schulpolitik sollen diese Kinder künftig wieder besser auf ein Leben in unserer Leistungsgesellschaft vorbereitet werden. Dann werden nämlich auch unsere Fachkräfte wieder weitgehend aus dem Inland kommen und nur in echten Engpassbereichen aus dem Ausland rekrutiert werden müssen. Das braucht seine Fachkräfte nämlich selbst.

Das Jahr der EU-Parlamentswahl 2024

Als Mitglied des EU-Ausschusses bin ich regelmäßig Zeuge des völlig weltfremden und EU-verliebten Denkens der Abgeordneten aller anderen Parteien. Oft fragen mich Bürger, ob denn nicht einige der anderen Abgeordneten auch durchblickten, wie schädlich die aktuelle EU-Politik für Deutschland ist, gerade im Zuge der Waffenlieferungen an die Ukraine, der Wirtschaftssanktionen in bereits 12. Runde gegen Russland und der überhastet eröffneten Beitrittsperspektive für die vom Krieg zerstörte Ukraine mit wohl weit über 1.000 Milliarden an Kapitalbedarf für den Wiederaufbau nach einem Krieg, der laut NATO-Generalsekretär ganz einfach hätte 2021 noch vermieden werden können: Durch die Zusicherung, dass die Ukraine kein NATO-Mitglied, sondern immer neutral bleiben wird.

Nein, die Abgeordneten der anderen Parteien blicken NICHT durch, auch nicht hinter vorgehaltener Hand! Das darf uns durchaus Sorgen bereiten. Denn mit wem sollte die Alternative im Bund je koalieren? Mit einer CDU/CSU, der es gar nicht schnell genug gehen kann mit dem Schaukeln von Souveränität von Berlin nach Brüssel? Versinnbildlicht wohl am besten durch Habecks Heizungsgesetz, das Merz in Berlin lautstark geißelt, seine Parteikollegin von der Leyen aber zeitgleich in

Brüssel in ähnlicher Form für die gesamte EU festzurren will...?

Ein Erlebnis bei einem Treffen zwischen den Mitgliedern aller Fraktionen im EU-Ausschuss und einer Delegation aus dem Schweizer Nationalrat hat mir kürzlich gezeigt, dass mit dieser Union kein (gesunder) Staat zu machen ist. Folgendes war passiert: Die scheidende SVP-Abgeordnete Therese Schläpfer meldete sich zu Wort und sagte, dass sie die Schweiz nie in der EU sehen wolle und auch auf die Volksentscheide als direktdemokratisches Instrument in ihrem Land stolz sei. Ein sehr prominenter Unions-Politiker fuhr der Schweizer Nationalrätin umgehend so erbost und laut polternd über den Mund, dass sie hier keine so EU-feindlichen Töne anzuschlagen habe, dass allen der Atem stockte, inklusive der SPD-Sitzungsleitung. Ungehobelt, pöbelhaft, die souveräne Schweiz wie eine Kolonie zu behandeln – das geht gar nicht. Ich entschuldigte mich nach dem abrupten Sitzungsende in aller Form bei der SVP-Kollegin und der Schweizer Botschafterin und mir war erneut klar: Diese CDU/CSU kennt kein höheres Ziel als Deutschland endlich in einem EU-Superstaat auf-(und unter-)gehen zu lassen – genau wie alle anderen Parteien. 2024 liegt es an uns, mittels Erdrutschsieg bei den EU-Wahlen den Kahn wieder auf Kurs zu bringen!

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 [/Dr.Rainer.Rothfuss](https://www.facebook.com/Dr.Rainer.Rothfuss)

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📱 t.me/rainerrothfuss

📺 [@DrRainerRothfuß](https://www.youtube.com/@DrRainerRothfuß)

🐦 [/DrRothfuss](https://twitter.com/DrRothfuss)

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**